

Klimakrise wie eine Krise behandeln

Kundgebung – Fridays for Future machte sich vor der Stadthalle mit den Parents for Future stark für die Energiewende

VON ANNE LEIPOLD

REUTLINGEN. »Reutlingen klimaneutral« skandierten laut Polizeiangaben 200 Menschen, die gestern Nachmittag das Rathaus umstellt haben. Mit rot-weißem Absperrband in den Händen bildeten sie eine Menschenkette. Blaue Kreidekreuze auf grauem Asphalt gaben den Abstand zwischen ihnen vor. »Wir sind hier und wir sind viele, haltet Euch an Klimaziele«, riefen Jung und Alt. Fridays for Future ist zurück. Und zwar lautstark – vor allem bei der Kundgebung vor der Stadthalle.

Nicht, dass die engagierten Jugendlichen seit Ausbruch des Coronavirus in Deutschland die Hände in den Schoß gelegt hätten. Im Internet haben sie weiter für ihre Ziele gekämpft und demonstriert. »Es war notwendig, das ins Netz zu verlegen«, sagte Meike Görlich, die mit ihrer Schwester Carmen zum Klimastreik kam. Doch dort falle es den Menschen leichter wegzuschauen, die Klimakrise in ihrer Filterblase auszublenden. »Doch bei den Demos auf der Straße müssen sie hinschauen«, sagte Meike Görlich.

»Die größte Bremse im Land ist der Bund«

»Es ist schön, wieder hier aktiv zu sein«, sagte Sophia Wüsteney von den Fridays for Future Reutlingen. Zum Klimastreik wurde weltweit zum fünften Mal aufgerufen. Dieses Mal unter dem Motto »Kein Grad weiter – die Energiewende muss jetzt kommen!« In 2 300 Orten gingen laut Sophia Wüsteney die Jugendlichen auf die Straße, davon lagen 450 in Deutschland. Und einer davon war Reutlingen.

In der Achalmstadt waren auch die Parents for Future dabei, die für den Umstieg auf Stromanbieter warben, die keine fossilen Energieträger zulassen. Zudem waren verschiedene Umweltorganisationen sowie die Stadtbibliothek mit Infoständen vor Ort.

Gemeinsam forderten sie lautstark mehr Bewegung in der Politik, zum Beispiel das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels, das im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegt wurde. »Das ist die allerwichtigste Forderung. Im Moment rasen wir auf drei bis fünf Grad zu«, machte Wüsteney deutlich. Weitere Forderungen: Bereits 2030 aus der Kohle aussteigen, bis 2035 soll Deutschland klimaneutral sein. Nur so könne das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten werden. »Es ist an der Zeit, die Klimakrise wie eine Krise zu behandeln. Wir haben nur zehn Jahre Zeit, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.«

Auf wenigstens zwei Grad hofft der Grünen-Landtagsabgeordnete Thomas Poreski. Er sieht die momentane Dynamik Richtung drei bis 4,5 Grad kritisch. »Dann kippt alles.« Höchste Eisenbahn sei es deshalb, dass sich die Wirtschaftsgesellschaft transformiere, klimaschonend und neutral agiere. Es gebe bereits viel Know-how und Innovation in den Betrieben, nur die Rahmenbedingungen für die Umsetzung fehlten.

»Wir zeigen der Politik, dass es noch nicht reicht«

»Die größte Bremse im Land ist der Bund«, kritisierte Thomas Poreski. Diesen Satz kann Parteikollegin und Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke nur unterstützen. Viel zu geringe Ausbauziele würden mit der EEG-Novelle gesetzt, statt dass der Ausbau als Grundlage eine Dynamik erhalte. »Da kann das Land machen, was es will.« Das Land, genauer gesagt das Finanzministerium plant alle geeigneten Flächen systematisch mit Fotovoltaik (PV) auszustatten, unter anderem die Reutlinger Hochschule. Zudem sind ab 2021 alle neu gebauten Gewerbegebäude verpflichtet, eine PV-Anlage zu installieren. Davon gibt es auf bestehenden Firmengebäuden in Reutlingen so gut wie keine, monierte Friedrich Hagemeister von Sonnenenergie Neckar-Alb. Darüber hinaus sei kein einziger Windpark auf der Alb gebaut worden. Hagemeister forderte zudem, Bürokratie abzubauen, die Deckelung der Ausbaumenge zu beseitigen und PV-Anlagen auf Freiflächen zu installieren. Applaus erhielt er für seine Forderungen nach einer autofreien Innenstadt, mehr Raum für Fußgänger und Fahrräder sowie den Rückbau zu menschengerechten Städten.

»Wir zeigen der Politik, dass es noch nicht reicht«, sagte Meike Görlich. Die direkten Folgen seien zu sehen und würden immer mehr zu sehen sein, ergänzte Carmen Görlich. »Wir müssen ihnen klar machen, dass die jungen Leute andere Interessen haben als Wirtschaftlichkeit«, sagte sie. Dass das geht, zeige Australien. »Es wird das erste Land sein, das 2030 mit 100 Prozent erneuerbaren Energien seinen Strom gewinnen wird«, sagte Verena Ludewig von den Parents for Future. Und das, obwohl die Regierung ebenso stark den Kohleabbau unterstütze wie Deutschland. »Power to the people: Das zeigt, wie viel Kraft die Menschen haben, wenn sie gemeinsam ein Ziel verfolgen.«
(GEA)